



## Konkrete Vorschläge zur Erneuerung des europäischen Sozialmodells

Nach seiner profunden Analyse macht **Stephan Schulmeister** im Kapitel über die „Erneuerung des europäischen Sozialmodells: Konkrete Vorschläge“, die da sind:

1. **Förderung der Realwirtschaft** durch Stabilisierung der Finanzmärkte
2. **Verbesserung der Umweltbedingungen** als (temporärer) "Wachstumsmotor" und
3. **Erneuerung der Sozialstaatlichkeit** Europas

Auszüge aus den jeweiligen Unterpunkten (S 325 – 347):

### 1. a. Gründung eines Europäischen Währungsfonds (EWF)

Der EWF finanziert sich durch Einlagen, sie stünden jedem Anleger (nicht nur Banken) als längerfristiges Finanzinvestment offen. Im Gegensatz zu Eurobonds wären sie nicht handelbar (sie entsprechen den früheren deutschen „Schatzbriefen“, mit denen Private den Staat direkt finanzieren konnten), daher könnte man mit ihnen auch nicht auf Änderungen der Zinsdifferenzen zwischen den wichtigsten Währungen (insbesondere von Euro, Dollar und Yen) spekulieren. Und **da die EWF-Verbindlichkeiten von der EZB garantiert werden** (eine Notenbank kann nicht pleitegehen), sind sie **sicherer als deutsche Staatsanleihen** (die Bundesrepublik kann „im Prinzip“ pleitegehen).

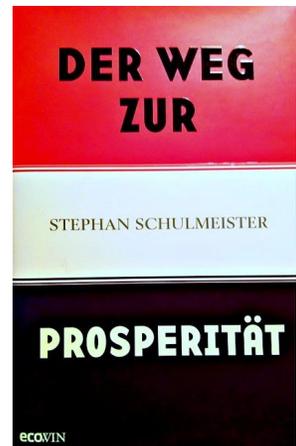
# 1. Förderung der Realwirtschaft

## 1. b. Ersetzung des Fließhandels auf Finanzmärkten durch elektronische Auktionen

Die Ersetzung des Fließhandels durch elektronische Auktionen (etwa alle zwei Stunden) würde die „Finanzalchemie“ radikal einschränken, die Kurse stabilisieren und so Aktivitäten in der Realwirtschaft attraktiver machen.

„Schnelle“ Spekulationssysteme könnten nicht mehr verwendet werden, weil es keine „Datenfutter“ mehr gibt. Damit wäre der fatale Regelkreis durchbrochen: Schnellere Computer und schnellere Datenleitungen ermöglichen den Einsatz immer schnellerer Spekulationssysteme, deren Signale wiederum das Trading beschleunigen.

Die Ersetzung des Fließhandels in der EU durch elektronische Auktionen würde dazu führen, dass das „schnelle“ Trading zu anderen Handelsplätzen abwandert, insbesondere nach London (es ist gut, wenn Schlechtes geht). Dort könnten auch Akteure aus der EU weiterhin spekulieren, allerdings müssten sie dafür die Finanztransaktionssteuer zahlen.



# 1. Förderung der Realwirtschaft

## 1. c. Einführung einer generellen Finanztransaktionssteuer

Die **zweitbeste Maßnahme** zur Eindämmung des „schnellen“ Trading besteht in der Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS). Ein Steuersatz zwischen 0,01 und 0,1 Prozent würde den Erwerb eines Wertpapiers oder einer Devisentransaktion kaum belasten, das Gleiche gilt für Derivatgeschäfte zur Kurssicherung. Das „schnelle“ Trading würde aber selbst bei einem Satz von nur 0,01 Prozent unrentabel.



# 1. Förderung der Realwirtschaft

## 1. d. Auf dem Weg zu einem neuen Weltwährungssystem

Die Doppelrolle des Dollar als nationale Währung der USA und als (Ersatz-)Weltwährung ist eine Hauptursache für die Schwankungen der in Dollars notierenden Rohstoffpreise (einschließlich der „Ölpreisschocks“), für die Finanzkrisen von in Dollars verschuldeten Schwellenländern sowie für die exzessive Auslandsverschuldung der USA. Gleichzeitig ist der Dollar die instabilste aller wichtigen Währungen, weil er die „*vehicle currency*“ darstellt.

Seit der Schaffung des Euro gibt es nur mehr vier wichtige Währungen in der Weltwirtschaft, Dollar, Euro, Renminbi und Yen. Durch **Festsetzung von Zielwerten mit geringen Schwankungsbreiten** (etwa 2 Prozent) könnten die Kurse zwischen diesen Währungen stabilisiert werden. Eine solche Vereinbarung wäre auch als Vorbeugung gegen „Abwertungswettläufe“ wichtig, da diese Gefahr in der nächsten Finanzkrise sprunghaft steigen wird.

Damit würde gleichzeitig ein **erster Schritt** zum langfristigen Ziel einer **echten Weltwährung** gesetzt („Globo“), welche als Maßeinheit für weltwirtschaftliche „*flows*“ (Rohstoffhandel) und „*stocks*“ (transnationale Finanzforderungen bzw. –verbindlichkeiten) fungiert und aus einem Bündel der wichtigsten nationalen Währungen besteht.



# 1. Förderung der Realwirtschaft

## 1. e. Gründung einer EU-Behörde zur umfassenden Beaufsichtigung des gesamten Finanzsektors

Der Finanzsektor ist für das Funktionieren einer kapitalistischen Marktwirtschaft von fundamentaler Bedeutung, aber nur als „Diener“ der Realwirtschaft und nicht der „selbst-referentiellen“ Geldvermehrung. Diese Aktivitäten haben in Europa ein „Kartenhaus“ von Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den Banken aufgebaut (ihre Bilanzsumme beträgt das Drei- bis Fünffache des BIP, in den USA nur etwa das Einfache). Eine Entwertung von „*financial assets*“ – etwa durch einen Bärenmarkt bei Aktien und Anleihen – löst daher fatale „Dominoeffekte“ aus (wie 2008). Gleichzeitig fehlt in der EU ein **Datensystem**, das die Finanzverflechtungen zwischen allen Finanzinstitutionen umfassend **dokumentiert** und so vorbeugende Maßnahmen ermöglicht.

Es sollte auch die offenen (spekulativen) Positionen der Finanzinstitute auf den Aktien-, Anleihe-, Devisen- und Rohstoffmärkten erfassen, insbesondere auf den entsprechenden Derivatmärkten, gegliedert nach Eigen- und Kundengeschäft. Auf dieser Grundlage wäre es möglich, Beschränkungen für die Ausweitung offener Position in Ausnahmesituationen durchzusetzen.



## 2. Verbesserung der Umweltbedingungen als „Wachstumsmotor“

### 2. a. Festlegung von in der EU gültigen Preispfaden für fossile Energieträger

Damit Europa seinen Beitrag zur Erreichung dieser (Anm.: Klima-)Ziele leistet, müsste der Einsatz **fossiler Energieträger stetig und verlässlich teurer** werden, Erdöl etwa relativ zum allgemeinen Preisniveau **bis 2030 um 15 Prozent pro Jahr**. Dazu könnte im Rechtsbereich der EU für jeden fossilen Energieträger ein – zunächst bis 2030 gültiger – Preispfad festgelegt werden.

Der steuerliche Ertrag wäre enorm, er läge jährlich im dreistelligen Milliarden-Euro-Bereich (ein Teil ginge an die EU als eigenständige Finanzquelle, der andere Teil an die Mitgliedsstaaten).

Natürlich wäre es ideal, wenn die Umweltkosten weltweit nach gleichen Regeln in den Preisen fossiler Brennstoffe enthalten wären. Die Tatsache, dass dies nicht erreichbar ist, wurde zum Haupthindernis für eine Bekämpfung der Erderwärmung in den einzelnen Ländern: Wenn „die anderen“ ihren Energieverbrauch nicht senken, dann würden „wir“ unserer Wirtschaft schaden, wenn „wir“ im Alleingang sparen. Dieses Argument geht in die Irre, insbesondere dann, wenn in einem so großen Wirtschaftsraum wie der EU die systematische Verteuerung fossiler Brennstoffe mit flächendeckenden Investitionsprogrammen kombiniert und gleichzeitig das Gewinnstreben durch Eindämmung der „Finanzalchemie“ auf die Realwirtschaft fokussiert wird.



## 2. Verbesserung der Umweltbedingungen als „Wachstumsmotor“

### 2. b. Thermische Sanierung des Gebäudebestandes in der EU

Selbst wenn nur der Standard eines Niedrigenergiehauses erreicht wird, beträgt das Einsparungspotenzial von Energie und damit CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zu 80 Prozent.

Derzeit sind die Sanierungsraten geradezu grotesk niedrig, in den meisten EU-Ländern wird nicht einmal 1 Prozent des Gebäudebestandes pro Jahr energieeffizient gemacht.

Thermische Gebäudesanierung ist das Paradebeispiel für die Möglichkeiten eines – zeitlich begrenzten – „*green growth*“: Trotz der energieintensiven Erzeugung der meisten Dämmstoffe ist die Emissionsbilanz positiv, gleichzeitig wird das Wachstum von Produktion und Beschäftigung erhöht und verstetigt.

Auf regionaler Ebene braucht es ein Projektmanagement durch Vernetzung von Gemeinden, Gebäudeeigentümern, Bauwirtschaft und Kreditapparat, um die wichtigsten Teilaktivitäten voranzutreiben. Dazu gehören die Dokumentation des Sanierungspotenzials, die Erstellung eines Leitfadens über technische Optionen, die Durchführung von Informationskampagnen und Einrichtung von Servicestellen in den lokalen Banken und Sparkassen.



## 2. Verbesserung der Umweltbedingungen als „Wachstumsmotor“

### 2. c. Transeuropäische Netze für Hochgeschwindigkeitszüge

Auch der Ausbau der Bahninfrastruktur hat eine ökologische und eine ökonomische Dimension. Wenn sich die Fahrzeit zwischen den meisten (zentral-)europäischen Metropolen auf drei bis vier Stunden reduziert und gleichzeitig die Kosten des Flugverkehrs wegen des Preispfades für Erdöl stetig steigen, würden die Flüge auf mittleren Distanzen massiv zurückgehen und damit auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen. Gleichzeitig würde die Erstellung dieser Bahnnetze das Wirtschaftswachstum in der EU deutlich erhöhen.

**Besonders wichtig wäre die Einbindung der EU-Peripherie.** Betrüge die Fahrzeit mit dem Zug zwischen Wien und Bukarest bzw. Sofia sechs Stunden (statt wie derzeit neunzehn bzw. einunddreißig Stunden), so würde dies nicht nur zur Überwindung räumlicher, sondern auch politischer und mentaler „Distanzen“ beitragen.

Zu finanzieren wären diese gesamteuropäisch-öffentlichen Investitionen durch die Europäische Investitionsbank oder den Europäischen Währungsfonds und damit (überwiegend) auf eine Weise, welche die nationalen Budgets nicht belastet (bisher waren die Fiskalregeln eine Hauptursache für die Vernachlässigung der öffentlichen Investitionen).



## 2. Verbesserung der Umweltbedingungen als „Wachstumsmotor“

### 2. d. Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr und Förderung der Elektromobilität

Durch die stetige Verteuerung von Treibstoffen in der EU würde der private Pkw immer weniger für jene Fahrten benutzt, für die es Alternativen gibt wie Fahrrad oder öffentliche Verkehrsmittel. Das langfristige, aber durchaus nicht utopische Ziel sollte sein, zumindest die **Zentren der großen Städte praktisch autofrei zu gestalten**. Welche Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur dafür nötig sind, hängt von den lokalen Gegebenheiten ab.

Eine **Vereinheitlichung der Umweltstandards** und eine Förderung der zu ihrer Erreichung nötigen Investitionen würde die **Erweiterung des Europäischen Sozialmodells zu einer „ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“** ergänzen. Dies betrifft etwa eine verbesserte Abgas- und Abwasserreinigung oder den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungen, aber auch die Sanierung von „Altlasten“ wie Mülldeponien. Eine solche „Umweltoffensive“ hätte nicht nur eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung, sondern würde auch qualifizierte Arbeitsplätze schaffen und die Spezialisierung Europas auf umweltverbessernde Technologien vorantreiben.



### 3. Erneuerung der Sozialstaatlichkeit Europas

#### 1. a. Verbesserung der Bildungschancen und „Ent-Ökonomisierung“ des Bildungswesens

Ob das Bildungspotenzial eines Kindes ausgeschöpft wird, entscheidet sich in den ersten Lebensjahren. In einem Akademikerhaushalt wird die (Früh-)Förderung auch im familiären Rahmen erfolgen, in „bildungsfernen“ Schichten aber kaum. Ziel der Politik muss es daher sein, dass **alle Kinder spätestens ab dem dritten Lebensjahr in einen Kindergarten** gehen.

Ein weiteres Ziel besteht in einer **Durchmischung** nach Nationalität, Muttersprache und Religionsbekenntnis. Kleine Kinder haben keine Vorurteile, sondern sind wissbegierig. Das frühe Kennenlernen „des anderen“ beugt dem Entstehen von rassistischen und nationalistischen Überlegenheitsgefühlen vor und fördert das „soziale Lernen“.

Als Teil der „Neoliberalisierung“ Europas gewann die **ökonomische Verwertbarkeit von Bildung** an Bedeutung. Mit der tatsächlichen Verwertung von Studien hapert es allerdings, immer mehr AbsolventInnen **müssen sich jahrelang mit atypischen Jobs zufriedengeben**.

Um diesen Widerspruch zu mildern, sollte das **Bildungssystem, insbesondere das universitäre, „ent-ökonomisiert“** werden.



### 3. Erneuerung der Sozialstaatlichkeit Europas

#### 1. b. Schaffung von erschwinglichem Wohnraum

Im Finanzkapitalismus ist die Bewertung von Vermögen (und nicht nur ihre Produktion) eine immer wichtigere Quelle von Profiten. Davon ist der Immobiliensektor besonders betroffen: (Bau-)Grund lässt sich nicht vermehren, die Produktion neuer Wohnungen bedient in den Ballungsräumen die Nachfrage des gehobenen Mittelstandes und der Vermögenden (zunehmend auch als Kapitalanlage). Gleichzeitig wird der gemeinnützige Wohnbau eingeschränkt.

Hauptverlierer dieser Entwicklung sind die Jungen, insbesondere in jenen Ländern, in denen die gemeinnützige Wohnungswirtschaft keine Bedeutung hat und die gleichzeitig von der Finanzkrise am härtesten getroffen wurden.

Eine Ausweitung des gemeinnützigen Wohnbaues ist Voraussetzung dafür, dass junge Menschen auf eigenen Füßen stehen können. Dadurch würde gleichzeitig der Anstieg der Mieten im kommerziellen Bereich gedrückt. Eine nachhaltige Forcierung des gemeinnützigen Wohnbaues würde überdies das Wirtschaftswachstum stärken, insbesondere in den Ländern der EU-Peripherie (dort ist der Wohnungsmangel besonders drückend und neben Arbeitslosigkeit und Lohnniveau ein wesentlicher Grund für die Abwanderung in die Zentralräume).



### 3. Erneuerung der Sozialstaatlichkeit Europas

#### 1. c. Neue Jobs „zwischen Markt und Staat“

Die **Möglichkeiten der Jungen, ein unabhängiges Leben zu führen**, haben sich in der EU auch in Bezug auf Beschäftigung und Einkommen verschlechtert. So zeigt eine neue Studie des Internationalen Währungsfonds, dass die Armutsgefährdung der Jungen seit der Finanzkrise 2008 stärker gestiegen ist als jene der Älteren. Es gibt viele Tätigkeiten, die für den Zusammenhalt einer Gesellschaft oder für die Bewahrung ihres kulturellen Erbes nützlich sind, aber nicht in hinreichendem Ausmaß geschaffen werden, weder durch Unternehmen noch vom Staat. Dazu gehören die Betreuung alter, behinderter und chronisch kranker Menschen, die Organisation von Kindergruppen durch Elterninitiativen, Initiativen zur Erweiterung des kulturellen Angebotes, für den Denkmalschutz oder zur Umweltverbesserung etc.

Solche Dienstleistungen werden zum Teil von staatlichen oder privaten Organisationen erbracht, zum Teil von Vereinen auf freiwilliger Basis. In diesem „informellen“ Bereich könnten durch **Zuschüsse bei Einstellung von Arbeitslosen neue Arbeitsplätze entstehen**. Gleichzeitig würden Zuversicht und Nachfrage der „Nicht-mehr-Arbeitslosen“ steigen, und die Versorgung der Gesellschaft mit nützlichen Dienstleistungen würde sich verbessern.



### 3. Erneuerung der Sozialstaatlichkeit Europas

#### 1. d. Förderung gemeinschaftlicher Aktivitäten

Die folgenden Vorschläge sind vage, berühren aber ein fundamentales Problem: Die **Dominanz der neoliberalen „Grundwerte“** hat den Leistungsdruck von außen *und* innen, Versagensängste und **Vereinzlung verstärkt**. Die Entfremdung vieler Menschen sich selbst und den anderen gegenüber äußert sich als Flucht in Drogen, als Burn-outs, Depressionen und andere seelische Krankheiten. Behandelt werden diese Leiden – wenn überhaupt – nur auf der individuellen Ebene durch Psychopharmaka und Psychotherapie. Aber könnte man nicht zusätzlich auf der sozialen Ebene versuchen, diesen Leiden vorzubeugen oder sie zu mildern? Könnte man nicht **„Gegen-Welten“ fördern, in denen im Kleinen gepflegt wird**, was im neoliberalen Alltag zu kurz kommt? Klingt ziemlich „gutmenschlich“ und naiv. Diese Einschätzung ist aber selbst (mit-)geprägt von der Vorstellung „Jeder ist seines (Un-)Glückes Schmied“. Wenn die psychosozialen Probleme von den politischen Eliten (weiter) als gesellschaftspolitische Frage ignoriert werden, dann bleiben die rechten Politiker (weiter) die einzigen, welche die Verbitterten und Zukunftsängstlichen ansprechen und mit ihren Gefühlen „arbeiten“. Dagegen hilft nur **Aufklärung über die gesellschaftlichen Ursachen der sozialen Lage der Missachteten und ihrer Gefühle, ...**



### 3. Erneuerung der Sozialstaatlichkeit Europas

#### 1. e. Stärkung des Sozialstaates: Effizient und solidarisch

Da Menschen nicht nur individuelle, eigennützige und rationale Wesen sind, geht es den allermeisten von uns gut, wenn es auch den anderen gut geht, zumindest aber niemand verkommt. In der Begrifflichkeit der „Wohlfahrtsökonomie“ ausgedrückt: Ein sozialer Grundzusammenhalt stellt ein „öffentliches Gut“ dar. Wenn man darauf vertrauen kann, dass jedem in Not geholfen wird, verbessert dies die Lebensqualität auch jener, die keine Hilfe brauchen.

Nach Jahrzehnten der Schwächung des Sozialstaates und der Teilübernahme seiner Aufgaben durch Pensionsfonds, Versicherungen und sonstige private Dienstleister (Verkehr, Telekommunikation etc.) ist der Befund eindeutig: In seinen drei Kernbereichen – Absicherung gegen die Grundrisiken (Krankheit, Unfall, Behinderung, Arbeitslosigkeit und Altersarmut), Bildungswesen und Daseinsvorsorge – bewältigt der Sozialstaat die Aufgaben nicht nur „fairer“, sondern auch effizienter als die Privatwirtschaft. Die daraus ableitbare Stärkung des Prinzips der Sozialstaatlichkeit bedeutet beispielsweise für das Pensionssystem dies: Streichung der staatlichen Förderung für die kapitalgedeckte Vorsorge und Umlenkung der Mittel in das sozialstaatliche System, insbesondere zur Erhöhung der niedrigsten Renten. Im Gesundheitssystem sollte es eine allgemeine soziale Pflichtversicherung geben.



### 3. Erneuerung der Sozialstaatlichkeit Europas

#### 1. f. Soziale Mindestsicherung in der Europäischen Union

Die neoliberal-finanzkapitalistische „Spielanordnung“ und die ihr entsprechende Politik der EU haben nicht nur den sozialen Zusammenhalt innerhalb der EU-Länder geschwächt, sondern gleichzeitig den europäischen Zusammenhalt: Einerseits ist Sozialstaatlichkeit die Basis des Europäischen Sozialmodells, andererseits wurden alle Bereiche des Sozialstaates geschwächt, „erzwungen“ durch den Anstieg von Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung. Der **europäische Zusammenhalt wird nur dann gestärkt werden, wenn die EU sich zu einer „Union der Märkte und BürgerInnen“ wandelt.** Dazu braucht es nicht nur **„mehr Sozialstaat, weniger privat“** in den einzelnen Mitgliedsländern, sondern auch eine **Garantie des Existenzminimums für jeden EU-Bürger.** Wenn einzelne Mitgliedsländer dies nicht leisten können, springt ein EU-Sozialfonds ein („Subsidiaritätsprinzip mit umgekehrtem Vorzeichen“).

**Erstmals würden Menschen in der gesamten EU spüren, dass die EU für mehr steht als die Freiheit der Märkte.** Schon ein Bruchteil der Einnahmen aus der flexiblen Abschöpfungssteuer auf fossile Energieträger würde zur Finanzierung einer EU-weiten Mindestsicherung ausreichen (laut Eurostat liegt die Armutsgefährdungsgrenze für eine Person in Bulgarien, Rumänien und Serbien nur bei etwa 150 Euro pro Monat).



## Quintessenz



**Mit diesem Bündel an Maßnahmen kann binnen 10 Jahren „Vollbeschäftigung bei geringem Wachstum und sinkender Arbeitszeit“ (S 355ff) hergestellt werden.**

Stephan Schulmeister resümierend: „Auch in den 1950er- und 1960er-Jahren war den meisten Menschen nicht bewusst, dass wechselseitige Rücksichtnahme, die Bereitschaft auch der Reichen, mehr zu teilen (obwohl sie damals weniger zu teilen hatten), der Ausbau des Sozialstaates als ‚institutionalisierte Solidarität‘ deshalb gediehen und das Wohlbefinden förderten, weil es sich gleichzeitig auszahlte: In einer realkapitalistischen ‚Spielordnung‘ dominiert der ‚soziale Eigennutz‘, die Interessen der anderen zu berücksichtigen ist nicht selbstlos und geht daher leicht von der Hand.“ Dem Autor zufolge werden Politiker „auch weiterhin versuchen, Menschen oder Nationen gegeneinander auszuspielen, doch mit sinkendem Erfolg.“ (S 354)